



## Antrag

der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU, SPD  
und der Abgeordneten des SSW

### **Verurteilung des Systems der Zwangsarbeitslager in der Volksrepublik China**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Bundesregierung und das Europäische Parlament in der Verurteilung der so genannten Laogai-Lager in der Volksrepublik China. Er unterstützt das Bestreben, in Zusammenarbeit mit der Regierung der Volksrepublik China die Schließung der Laogai-Lager zu erreichen.

Solange dies nicht erreicht ist, fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- bei offiziellen Anlässen mit den chinesischen Partnern aus Schleswig-Holsteins Partnerregion Zhejiang den Dialog über die Menschenrechte fortzusetzen und die Problematik dieser Gefangenenlager gegenüber den chinesischen Partnern zur Sprache zu bringen,
- die Behörden der Provinz Zhejiang um Informationen über die Anzahl der Laogai-Lager im Verwaltungsgebiet, die Zahl der darin inhaftierten Menschen, sowie über die aus den Lagern hervorgehenden Produkte und deren Produktbezeichnungen zu ersuchen,
- die Industrie- und Handelskammern zu bitten, Schleswig-Holsteinische Unternehmen, die in China tätig sind, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass sie mit chinesischen Geschäftspartnern zusammenarbeiten, hinter denen sich Laogai-Einrichtungen verbergen, sowie
- die Öffentlichkeit durch geeignete Veranstaltungen – möglichst gemeinsam mit der Wirtschaft – für das Thema der sozialen Mindeststandards zu sensibilisieren.

Begründung:

China ist der wichtigste Handelspartner Deutschlands in Asien. Schleswig-Holstein ist bereits 1986 eine Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Zhejiang eingegangen. Für die schleswig-holsteinische Im- und Exportwirtschaft spielt China eine bedeutende Rolle.

Umso mehr ist für den Schleswig-Holsteinischen Landtag das allgemein unter dem Namen Laogai gefasste System der Zwangsarbeitslager in der Volksrepublik China mit großer Sorge zu betrachten. Die Laogai („Reform durch Arbeit“) sind ein während der Kulturrevolution etabliertes System von Einrichtungen, in denen Menschen in Administrativhaft festgehalten werden. Der Begriff Laogai wurde Mitte der neunziger Jahre von der chinesischen Regierung intern abgeschafft. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit versteht heute unter Laogai eine Haft im Straflager, die in einem regulären Strafverfahren verhängt wurde. Dennoch besteht das System der Administrativhaft weiter, etwa unter der Bezeichnung Lao-Jiao oder Lao-Dong-Jiao-Yang („Umerziehung durch Arbeit“). Die gesamte Anzahl aller derartiger Einrichtungen beträgt nach den anerkannten Berichten der Washingtoner Laogai Research Foundation mehr als 1000 Gefängnisse, Lager und andere Einrichtungen, in denen sich derzeit zwischen 4 und 6 Mio. Menschen befinden. Darunter sind Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten, politische Häftlinge und auch solche Gefangenen, die aufgrund sehr geringer Vergehen inhaftiert wurden und ohne Verfahren bis zu vier Jahren festgehalten werden können.

Berichte der Menschenrechtsorganisation IGFM, der Laogai Research Foundation, anderer Menschenrechtsorganisationen und ehemaligen Insassen lassen keinen Zweifel daran, dass in diesen Lagern Zwangsarbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen stattfindet. Die Insassen müssen bis zu 16 Stunden pro Tag unentgeltliche Agrar-, Minen- oder Fabrikstätigkeiten verrichten, an sieben Tagen in der Woche bei drei oder vier freien Tagen pro Jahr. Die Versorgung mit Nahrung ist unzureichend, gesundheitlicher Schutz bei Tätigkeiten, die diesen erfordern, sowie medizinische Versorgung werden den Inhaftierten nicht gewährt. Zum Alltag in den Lagern gehören willkürliche Gewaltexzesse von Seiten des Wachpersonals ebenso wie physische und psychische Folter. Als einziger Ausweg bleibt den Insassen manchmal nur der Selbstmord. Die Todesrate in diesen Lagern ist dementsprechend sehr hoch.

Ein wesentlicher Anteil der in China für den Export produzierten Waren stammt aus den Laogai. Gerade die geschilderte Verletzung der Menschenrechte sorgt dafür, dass die Laogai in ihrer Rolle als Wirtschaftsunternehmen einen Wettbewerbsvorteil innehaben, der sie – direkt oder über Zwischenhändler – ins Geschäft mit Firmen in aller Welt bringt, die diese Waren importieren und absetzen. Schleswig-Holstein muss auf die Notwendigkeit und auch die Chancen eines ehrbaren und verantwor-

tungsbewussten Handels setzen, indem die Begünstigung der Wertschöpfung aus Laogai-Produkten keinen Platz hat.

Karl-Martin Hentschel  
und Fraktion

Wolfgang Kubicki  
und Fraktion

Anke Spoorendonk  
für die Abg. des SSW

Peter Lehnert  
und Fraktion

Rolf Fischer  
und Fraktion